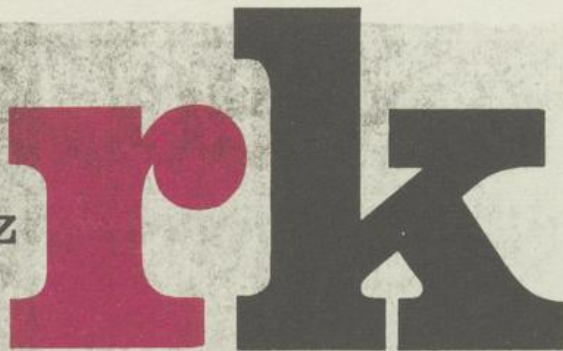


# rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,  
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



*gegründet 1861*

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Montag, 5. Dezember 1983

Blatt 3239

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS Hatzl: "Aus für U-Bahn-Radio!"  
ausgesendet: Jugendzentrum Strebersdorf wieder voll in Betrieb  
(grau)

Kommunal: Novellierung des Wiener Krankenanstaltengesetzes  
(rosa) Wiener Gemeinderat

Kultur: Webern-Faksimilie der Stadtbibliothek  
(gelb) Programm für "Musiksommer 84" liegt vor

Nur  
über FS: 3.12. Kurzfristige Verkehrsbehinderung auf dem Handelskai  
5.12. Dienstag kein Pressegespräch des Bürgermeisters

.....  
Bereits am 2. Dezember 1983 über Fernschreiber ausgesendet  
.....

Hatzl: "Aus für U-Bahn-Radio!" (1)

=++++

12 #Wien, 2.12. (RK-KOMMUNAL) Ab sofort wird es keine Musik mehr in den U-Bahn-Stationen geben. Dies teilte Verkehrsstadtrat Johann HATZL der "RATHAUSKORRESPONDENZ" mit. Hatzl erklärte, er habe sich nach Absprache mit dem ORF-Generalintendanten Gerd BACHER dazu entschlossen, die "Aktion U-Bahn-Radio" ab sofort zu stoppen.

Bei Beginn der Aktion vor zwei Wochen war über Wunsch von Stadtrat Hatzl bereits mit dem ORF vereinbart worden, das U-Bahn-Radio vorerst nur im Probetrieb laufen zu lassen, um die Reaktionen der Fahrgäste zu erfassen. Neben positiven Reaktionen haben zahlreiche Fahrgäste ihre Bedenken und ihr Mißfallen geäußert. Deshalb wird das U-Bahn-Radio nun noch vor Ablauf der Probezeit eingestellt. Hatzl dazu: "Es war keinesfalls meine Absicht, mit der Einführung von Musik in den U-Bahn-Bahnsteigen die Fahrgäste zu verärgern, sondern ich habe mich zunächst der Meinung von namhaften Experten und des ORF angeschlossen, die eine Musikuntermalung in den U-Bahn-Stationen als durchaus angenehme Empfindung für die Wartenden prognostizierten". Dazu gab es auch eine positive Voruntersuchung aus dem Jahre 1978. Der Verkehrsstadtrat betonte, daß das U-Bahn-Radio für ihn weder eine Prinzipsache, noch eine politische Entscheidung sei, und bedauerte, daß diese Frage von der großen Oppositionspartei doch zum politischen Thema hochstilisiert wurde. Als zuständiger Politiker für die Verkehrsbetriebe sehe er seine Aufgabe darin, diesen Betrieb aus dem politischen Streit herauszuhalten, und er habe daher angeordnet, das U-Bahn-Radio einzustellen, sagte Hatzl. (Forts.) ba/gg

NNNN

.....  
Bereits am 2. Dezember 1983 über Fernschreiber ausgesendet  
.....

Hatzl: "Aus für U-Bahn-Radio" (2)

Utl.: Die Idee des U-Bahn-Radios

=+++++

13 Wien, 2.12. (RK-KOMMUNAL) Bereits vor Jahren, nach der Einführung der Stationsansagen in den Straßenbahnwagen mit Hilfe eines Tonbandes, wurde an die Wiener Verkehrsbetriebe von den Fahrgästen der Wunsch herangetragen, auch Musikübertragungen durchzuführen. 1978 wurde von einem Meinungsforschungsinstitut eine Untersuchung zum Thema "Musik in der U-Bahn-Station" durchgeführt, wobei rund 70 Prozent der Befragten ein Musikprogramm befürworteten.

Da es nun aus betrieblichen Gründen notwendig war, Verbesserungen an den Lautsprecheranlagen und am Leitungsnetz durchzuführen - die Durchsagen waren zumeist unverständlich, was zu zahlreichen Beschwerden führte - ergab sich die Möglichkeit, gleichzeitig dem Wunsch des ORF und zahlreicher U-Bahn-Fahrgäste nach Musikübertragung nachzukommen. Das Hauptanliegen der Verkehrsbetriebe war es jedoch, ein Lautsprechernetz mit verbesserter Qualität zu schaffen, das auch im Krisenfall störungsfreie Durchsagen ermöglicht. Diese Arbeiten haben inklusive Mehrwertsteuer 3 Millionen Schilling gekostet und wären auf jeden Fall im Interesse einer Verbesserung im öffentlichen Verkehr und der Sicherheit der Fahrgäste durchgeführt worden. (Forts. mgl.) ba/ko

NNNN

.....  
Bereits am 3. Dezember 1983 über Fernschreiber ausgesendet  
.....

Jugendzentrum Strebersdorf wieder voll in Betrieb

=++++

5 Wien, 3.12. (RK-KOMMUNAL) Anlässlich der Wiederinbetriebnahme des teilweise neu eingerichteten Jugendzentrums Strebersdorf stattete Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER dem Zentrum Freitag abend einen Besuch ab. Das Jugendzentrum Strebersdorf befindet sich in Wien 21, Dr.-Albert-Geßmann-Gasse 38. Es ist, wie die meisten städtischen Jugendzentren, Montag bis Freitag von 14 bis 22 Uhr geöffnet, wobei jeweils montags das Zentrum Jugendorganisationen, Clubs und Vereinen für Gruppenaktivitäten zur Verfügung steht. Schülerclubs und Schülerparties werden regelmäßig abgehalten, außerdem gibt es einen Club der 13- bis 15jährigen.

Für freie Aktivitäten steht das Jugendzentrum Dienstag bis Freitag von 14 bis 17 Uhr allen Kindern, von 17 bis 22 Uhr allen Jugendlichen zur Verfügung. Es gibt ein Jugendcafe, eine Diskothek, zwei Mehrzweckräume, Tischtennis- und Billardtische, einen Werkraum und ein Fotolabor. Ein spezieller Hit des Jugendzentrums Strebersdorf ist die 3.000 Quadratmeter große Grünfläche. (Schluß)  
emw/gg

NNNN

## Novellierung des Wiener Krankenanstaltengesetzes

=++++

1 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) Eine Novellierung des Wiener Krankenanstaltengesetzes wurde in der letzten Sitzung des Gemeinderatsausschusses für Gesundheit und Soziales einstimmig beschlossen. Die Novelle, die kommenden Mittwoch, den 7. Dezember dem Wiener Landtag zur Beschlußfassung vorliegen wird, sieht unter anderem Änderungen der Verschwiegenheitspflicht bzw. der Führung von Krankengeschichten bei der Entnahme von Organen oder Organteilen zum Zweck der Transplantation vor. Darüber hinaus ist im Rahmen dieser Novellierung auch eine Änderung der sogenannten Schiedskommission vorgesehen. Sie wird künftighin paritätisch von der Sozialversicherung und den Rechtsträgern der öffentlichen Krankenanstalten zusammengesetzt sein. (Schluß) zi/ko

NNNN

## Webern-Faksimile der Stadtbibliothek

=++++

9 Wien, 5.12. (RK-KULTUR) Kulturstadtrat Franz MRKVICKA präsentierte am Wochenende im Wiener Konzerthaus ein Webern-Faksimile, das die Wiener Stadt- und Landesbibliothek anlässlich des 100. Geburtstages des Komponisten herausgegeben hat. Das Originalmanuskript ist im Besitz der Stadtbibliothek. Mit diesem Faksimile der großen Fassung von Weberns sechs Orchesterstücken Opus 6 liegt nun das einzige Faksimile eines vollständigen Werkes Weberns vor.

Das Faksimile ist in einer Auflage von 300 Stück erschienen. Exemplare werden an in- und ausländische Bibliotheken, Hochschulen und andere wissenschaftliche Institutionen abgegeben. (Schluß)  
gab/ap

NNNN

Programm für "Musiksommer 84" liegt vor

=++++

14 #Wien, 5.12. (RK-KULTUR) Mit den "Tagen der Chormusik", Opernabenden im Schönbrunner Schloßtheater und der "österreichischen Musik des 20. Jahrhunderts" bietet der Musikalische Sommer 1984 neben den gewohnten Konzertreihen drei neue Zyklen an. Der Wiener Musiksommer beginnt am 28. Juni mit dem Eröffnungskonzert der Wiener Symphoniker im Musikverein und dauert bis 31. August. #

Wie gewohnt bietet der Musikalische Sommer wieder Symphonische Orchesterkonzerte im Arkadenhof, Schönbrunner Schloßkonzerte, Palaiskonzerte, Kirchenkonzerte und Konzerte an Gedenkstätten. Die erfolgreichen Schrammelabende in schönen Wiener Innenhöfen werden ebenso fortgesetzt wie die Tanzabende im Arkadenhof - diesmal mit dem Tanztheater Wien in der Choreographie von Liz King -, und das Festival "Japan in Wien". Promenaden- und Parkkonzerte finden wieder bei freiem Zugang statt.

Die "Tage der Chormusik" bieten drei Veranstaltungen im großen Musikvereinssaal, im Arkadenhof des Rathauses und im Stephansdom, die Opernabende sind Josef Haydns "La vera costanza" gewidmet, die insgesamt fünf Abende mit österreichischer Musik des 20. Jahrhunderts" finden im Palais Liechtenstein statt.

Das Vorprogramm des Musikalischen Sommers ist in der Stadtinformation im Wiener Rathaus und in der Informationsstelle des Fremdenverkehrsverbandes in der Operngasse erhältlich. Der detaillierte Hauptprospekt erscheint im April 1984. (Schluß) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Fragestunde

=++++

3 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) Die Sitzung des Wiener Gemeinderates wurde heute, Montag, unter Vorsitz von GR. MAYRHOFER (SPÖ) um 9 Uhr mit einer Fragestunde eröffnet.

Auf die ERSTE ANFRAGE von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), welche dienstrechtlichen Maßnahmen aufgrund der vom Kontrollamt im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe aufgezeigten Vorfälle veranlaßt wurden, antwortete StR. Friederike SEIDL (SPÖ), wegen der eingeleiteten polizeilichen Erhebungen habe der Bürgermeister mit 29.11.1982 zwei Bedienstete der MA 17 vom Dienst suspendiert. Die MA 17 habe aufgrund des Kontrollamtsberichtes Anzeige gegen unbekannte Täter erhoben. Die Staatsanwaltschaft Wien habe das Verfahren gegen drei Bedienstete eingestellt, die Hauptverhandlung gegen zwei weitere Bedienstete wurde zur weiteren Beweisaufnahme vertagt. Vorerhebungen gegen weitere Bedienstete wurden beantragt. Bis zur Beendigung der Strafverfahren haben die Disziplinarverfahren zu ruhen.

Auf die ZUSATZFRAGE, warum gegen den Primarius und den Oberpfleger kein Disziplinarverfahren wegen Vernachlässigung der Dienstaufsicht eingeleitet wurde, antwortete StR. SEIDL, auch gegen diese beiden seien strafrechtliche Maßnahmen ergriffen worden.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von GR. Dkfm. Dr. Sigrun SCHLICK (ÖVP), welche Kosten bisher für den Bau des Krankenhauses im SMZ-Ost aufgelaufen seien, antwortete StR. Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ), daß bisher Planungskosten von 120 Millionen Schilling entstanden seien. Die Planung sei derzeit unterbrochen. Erst wenn die Mittel für Fremdpatienten und freiwerdende Mittel nach Abschluß des Baues des Allgemeinen Krankenhauses zur Verfügung stünden, könne die Planung fortgesetzt werden. Etwa ein halbes Jahr nach Wiederaufnahme der Planung sei mit dem Baubeginn zu rechnen. (Forts.) roh/gg

NNNN



Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Fragestunde

=++++

4 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) Die DRITTE ANFRAGE wurde zurückgezogen.

Auf die VIERTE ANFRAGE von GR. Dr. SWOBODA (SPö), ob aufgrund der verschlechterten Wirtschaftslage vermehrte Anträge auf Rückerstattung der Dienstgeberabgabe (U-Bahn-Steuer) zu verzeichnen seien, antwortete StR. MAYR (SPö), dies sei nicht der Fall. Ebenso wenig sei mit einem Rückgang der Einnahmen aus der Dienstgeberabgabe zu rechnen.

Auf die Zusatzfrage, ob eine Erhöhung der Dienstgeberabgabe diskutiert werde, erklärte StR. Mayr, daß diese seit 1970 unverändert geblieben sei. Eine Erhöhung stehe nicht zur Diskussion.

Auf die FÜNFTTE ANFRAGE von GR. Univ.-Prof. Dr. WELAN (öVP), ob angesichts der Trockenperiode im heurigen Herbst die Wiener Wasserversorgung im nächsten Jahr gesichert sei, antwortete StR. SCHIEDER (SPö) mit Ja.

Auf die Zusatzfrage, ob die Inbetriebnahme der dritten Wasserleitung als Notstandsmaßnahme geplant sei, erklärte Schieder, er könne dies nicht bestätigen. (Schluß) jel/ap

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Fragestunde

=++++

5 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) Auf die SECHSTE ANFRAGE von GR. HÖLUB (SPö), wann die Durchführungsverordnungen zum Wiener Feuerpolizeigesetz im Zusammenhang mit den Bestimmungen zur Verbesserung der Luftreinhaltung vorliegen werden, sagte StR. SCHIEDER (SPö), daß die Magistratsabteilung 64 entsprechende Entwürfe bereits teilweise ausgearbeitet und zur Begutachtung ausgesendet, teilweise noch in Arbeit habe.

Auf die SIEBENTE ANFRAGE von GR. Dr. HAWLIK (öVP), wann der bereits angekündigte Ideenwettbewerb für das Areal des alten AKH stattfinden werde, sagte StR. HOFMANN (SPö), daß der Zeitpunkt möglichst nahe an die tatsächliche Realisierung gerückt werden soll, also nicht vor fünf Jahren. Weiters sagte Hofmann, daß die Planungsprämissen auch die Grünflächengestaltung enthalten sollen.

Auf die ACHTE ANFRAGE von GR. KNEISLER (SPö), wann mit dem Baubeginn der U-Bahn-Linie 3 zu rechnen sei, sagte StR. HATZL (SPö), daß die Vorarbeiten bereits laufen. Am 3. Jänner 1984 ist der Baubeginn für den Abschnitt Gigergasse - Landstraßer Hauptstraße 31 vorgesehen. Dieser Abschnitt wird im Rohbau 900 Millionen Schilling kosten, mit dem Baubeginn werden die bisherigen Straßenbahnlinien "J" und "T" durch Autobusse ersetzt werden. (Forts.) gab/ko

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Fragestunde

=++++

6 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) Auf die NEUNTE ANFRAGE von GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ), wie es zu Kostensteigerungen von 128 Millionen Schilling bei der Wohnhausanlage "Am Heidjöchl" kommen konnte, die weder durch Baupreissteigerungen noch durch die zusätzlichen Wohnungen gerechtfertigt seien, antwortete StR. Ing. HOFMANN (SPÖ), daß er im Hinblick auf die laufend erhobenen Vorwürfe das Kontrollamt eingeschaltet habe, um die Stellungnahme der städtischen Wohnbauabteilung überprüfen zu lassen. Angaben über die künftigen Betriebskosten könne er noch nicht machen. Hofmann kündigte an, daß es für die Mieter des Heinz-Nittel-Hofes eine Kostenreduktion geben werde.

Auf die ZEHNTE ANFRAGE von GR. Dr. PETRIK (ÖVP), wieviele Startwohnungen gemäß den Bestimmungen des Startwohnungsgesetzes bisher an junge Menschen vergeben wurden, antwortete StR. Ing. Hofmann (SPÖ), daß im Wohnungsberatungszentrum der Stadt Wien bisher noch keine Bewerbungen um Wohnungen im Sinne des Bundesgesetzes vorliegen, daß aber 30 Anmeldungen für eine ähnliche Aktion der Stadt Wien eingebracht wurden, bei der kleinere Wohnungen zur Verfügung gestellt werden. Der Ansicht der ÖVP, die 100.000-Schilling-Wohnstarthilfe sei effizienter, könne er sich nicht anschließen. Bei künftigen neuen bundesgesetzlichen Regelungen wird sich Hofmann dafür einsetzen, daß die Förderung des Neubaus und der Sanierung von bestehender Substanz gleichgestellt wird.

Auf die ELFTE ANFRAGE von GR. SCHMIDTMEIER (SPÖ), wie hoch der Investitionsaufwand der Heizbetriebe im neuen Wirtschaftsjahr sein wird, antwortete StR. HATZI (SPÖ), daß Ausgaben von 700 Millionen geplant sind. Davon entfallen 231 Millionen auf Investitionen für neue Projekte. Schwerpunkte werden Netzverdichtungen im 2., 11. und 19. Bezirk sowie Verbesserungen bei den Fernwärmewerken sein. Die Verringerung des Schweröleinsatzes reduziert den Schwefeldioxidausstoß und erspart 350 Millionen Schilling jährlich an Devisen. (Forts.) and/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Fragestunde

=++++

7 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZWÖLFTE ANFRAGE von GR. Ilse FORSTER (SPÖ), welche Preise die Stadt Wien im Kulturbereich vergibt, zählte StR. MRKVICKA (SPÖ) folgende Preise auf: Jährlich werden 12 Preise der Stadt Wien für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung mit einer Dotierung von je 75.000 Schilling vergeben. Dazu kommen Preise aus der Dr.-Karl-Renner-Stiftung, die seit 1971 alle drei Jahre mit einer Gesamtdotierung von 600.000 Schilling vergeben werden. Weiters gibt es jährlich 12 Förderungspreise mit je 40.000 Schilling, Kinder- und Jugendbuchpreise der Stadt Wien, Wissenschafts- und Arbeitsstipendien, das Elias-Canetti-Stipendium, die Josef-Kainz-Medaille, den Nestroyring sowie Stadt- und Landesehrenzeichen. Eine Änderung ist bei den Preisen der Stadt Wien für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung vorgesehen, die künftig für die Bereiche Kunst und Bildung geteilt vergeben werden sollen.

Auf die 13. ANFRAGE von GR. HAHN (ÖVP), wie sich die angekündigte 8,5 prozentige Kürzung des Kunstbudgets 1984 auf die Stadt Wien auswirken wird, antwortete StR. MRKVICKA, daß das Bundesfinanzgesetz noch nicht beschlossen sei und man daher noch nicht sagen könne, in welcher Form die Stadt Wien von den Kürzungen betroffen wird. Der Theaterbetrieb in den Spielstätten der Stadt Wien bleibe jedenfalls gesichert. Bei den Wiener Symphonikern soll der fehlende Betrag im Laufe des Jahres zugeschossen werden.

(Forts.) ba/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Fragestunde

=++++

8 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) Auf die 14. ANFRAGE von GR. Mag. KAUER (ÖVP) nach den Plänen für die Verwendung des Messepalastes, erklärte StR. MRKVICKA, daß in erster Linie an eine museale Nutzung gedacht sei. Dazu kommen noch Kommunikations- und Veranstaltungszentren. Über Verhandlungen mit der Holding über die Kündigung der Messe AG könne er als Kulturstadtrat keine Auskunft geben, sagte Mrkvicka.

Auf die 15. ANFRAGE von GR. KÖNIG (SPÖ) über die Erfahrungen mit den Ampeln, die in den Nachtstunden auf Blinkbetrieb umgeschaltet sind, stellte StR. RAUTNER (SPÖ) fest, daß derzeit 35 Ampeln zwischen 21 Uhr und 5 Uhr im Blinkbetrieb laufen. Nach den bisherigen Erfahrungen könne man weder eine erhöhte Unfallhäufigkeit noch eine Erhöhung der Fahrgeschwindigkeit bei den Autofahrern feststellen. Die Reaktionen der Bevölkerung sind durchaus positiv. Signifikante Aussagen wird man erst nach einem Jahr machen können. Bei der Magistratsabteilung 46 liegen weitere Anträge auf Umstellung von Ampeln auf nächtlichen Blinkbetrieb vor.

Auf die 16. ANFRAGE von GR. JANK (SPÖ), mit welchem Arbeitsaufwand die Abrechnung der Abgabe auf unvermietete Wohnungen verbunden sei, erklärte StR. MAYR (SPÖ), daß der Arbeitsaufwand möglichst gering gehalten wird. Die Abgabe auf unvermietete Wohnungen ist eine Selbstbemessungsabgabe, die vierteljährlich eingezahlt werden soll. Die Verrechnung erfolgt über EDV. Bis 31. März jedes Jahres ist eine Steuererklärung einzureichen. Das Gesetz nimmt Rücksicht auf den Eigenbedarf von Wohnungen. Außerdem sind Häuser mit nur zwei Wohnungen nicht erfaßt. (Forts.) ba/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Anfragen und Anträge

=++++

10 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) Seitens der ÖVP lagen zwei schriftliche Anfragen sowie zwei Anträge vor, die den zuständigen Ausschüssen zugewiesen wurden.

Zwtl.: Neuer Gemeinderat

GR. Komm. Rat. PELZELMAYER (ÖVP) hat mit Wirksamkeit vom 30. November sein Mandat zurückgelegt. Pelzelmayer war seit 20 Jahren im Gemeinderat tätig, bis 1973 war er als amtsführender Stadtrat für das Ressort Wirtschaftsangelegenheiten zuständig. Als Nachfolger für Pelzelmayer wurde GR. Peter LANGHAMMER (ÖVP) angelobt.

Zwtl.: Budgetrede Stadtrat Mayr

StR. MAYR (SPÖ) berichtete über den Voranschlag der Stadt Wien für 1984. Mayr verwies auf die wirtschaftlichen Hintergründe dieses Budgets. So sei die internationale Konjunkturlage noch immer schlecht, und gerade die Ostregion Österreichs - Wien, Niederösterreich, Burgenland und Steiermark - habe in den letzten fünf Jahren 30.000 Arbeitsplätze eingebüßt, während es in den westlichen Bundesländern 60.000 neue gebe. Der Anteil der Ostregion am Bruttoinlandsprodukt sei ständig im Sinken, wobei dieser Trend in den letzten fünf Jahren allerdings schon stark abgeschwächt werden konnte. Die Ursachen für diese Tendenz seien der Bevölkerungsverlust der Ostregion, ihre Randlage, ihr verspäteter wirtschaftlicher Start durch die sowjetische Besetzung sowie ihr hoher Anteil an strukturschwachen Wirtschaftssektoren wie etwa der "Schornsteinindustrie".

Als notwendige Strategien dagegen nannte Mayr eine gemeinsame Wirtschaftspolitik von Wien und Niederösterreich anstelle der bisherigen Konfrontationen. Weiters müßten Verkehrsverbindungen, vor allem Eisenbahnlinien und Schifffahrt, ausgebaut werden, um die Nachteile der Randlage zu mindern. Im Zusammenhang mit dem Ausbau der Donau als Wasserweg sprach sich Mayr für den Bau des Kraftwerkes Hainburg aus. (Forts.) roh/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Budgetrede StR. Mayr

=++++

11 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) Als weitere Maßnahme zur Stärkung der Ostregion nannte Mayr eine verstärkte Exportförderung, um vor allem kleineren Betrieben Möglichkeiten auf diesem Gebiet zu eröffnen, sowie die Vorantreibung und Förderung von Innovationen.

Bei den Arbeitsplätzen sei ein deutlicher Rückgang zu beobachten, stellte Mayr fest, obwohl die Situation in Wien mit angenommenen 4,1 Prozent Arbeitslosen für das kommende Jahr besser als im übrigen Bundesgebiet sei. Bei der Lehrstellenfrage habe man ein gleich gutes Ergebnis wie im Vorjahr erreicht. Mit 1. Dezember gab es noch 609 Lehrstellensuchende, die aber alle aus irgendwelchen Gründen besonders schwer zu vermitteln seien. Erstmals seit 1980 geht die Zahl der angebotenen Lehrstellen nicht mehr zurück, gleiches gilt für das Angebot an freien Arbeitsplätzen. Auf diesem Gebiet der Jugendarbeitslosigkeit - bei den 19- bis 25jährigen - liegt Wien ebenfalls günstiger als alle anderen Bundesländer. Eine Zusammenarbeit der zuständigen Stellen soll hier noch zu einer weiteren Entlastung führen. In diesem Zusammenhang kündigte Mayr für eine der kommenden Gemeinderatssitzungen die Vorlage konkreter Projekte an. (Forts.) roh/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Budgetrede Stadtrat Mayr

=++++

12 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Mayr wies auf die Finanzausgleichsverhandlungen 1984 hin. Die Verhandlungen über den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds werden parallel dazu geführt.

Mayr nahm Bezug auf die Aussage des Grazer Vizebürgermeisters Stingl, wonach die Gesamtausgaben von Wien im Verhältnis 23 : 1 zu denen von Graz, bei einem Bevölkerungsverhältnis von 7 : 1, stünden. Mayr wies korrigierend darauf hin, daß bei dieser Berechnung nur die Ausgaben des ordentlichen Budgets der steirischen Landeshauptstadt herangezogen worden seien, und wies darauf hin, daß Wien als Bundeshauptstadt ein Mehr an Aufgaben habe als eine Landeshauptstadt. Die Besonderheiten des Wiener Budgets, wie zum Beispiel der Schuldendienst für Dritte, bringen im direkten Vergleich eine Korrektur dieser Aussage zugunsten Wiens.

Das Wiener Budget sieht Einnahmen von 63,8 Milliarden und Ausgaben von 69,3 Milliarden bei einem Abgang von 5,5 Milliarden vor. Die Einnahmen des Budgets 1984 steigen gegenüber 1983 um 5,4 Prozent, die Ausgaben um 5,6 Prozent. Mayr erklärte, daß bei den Einnahmen das Maßnahmenpaket der Bundesregierung bereits berücksichtigt sei und daß 1984 keine Maßnahmen für eine Einnahmenerhöhung zu erwarten seien. Man werde, erklärte Mayr, mit der gegebenen Situation das Auslangen finden.

In bezug auf den Abschluß der Gehaltsverhandlungen für öffentliche Bedienstete wies Mayr darauf hin, daß mit einem Prozentsatz von 3,5 Prozent kalkuliert worden sei. Die tatsächliche Erhöhung von 4,1 Prozent müsse im Budgetvollzug geklärt werden.  
(Forts.) jel/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Budgetrede Stadtrat Mayr

=++++

13 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) Mayr wies darauf hin, daß die Stadt Wien mit einem Investitionsrahmen von 10,2 Milliarden für 1984 eine Steigerung der nachfragewirksamen Ausgaben von 1,135 Milliarden oder 13,1 Prozent gegenüber 1983 verzeichnet. So sind etwa für den U-Bahn-Bau 2,102 Milliarden vorgesehen, für den kommunalen Wohnbau 3,609 Milliarden als Wiener Anteil. Zum SMZ-Ost sagte Mayr, daß Wien sich dieses Spital erst leisten könne, wenn es bei der Abdeckung der Kosten für den klinischen Mehraufwand und für die Nichtwiener Patienten in den Wiener Spitälern besser dotiert werde. Wien könne nicht die freiwillige Spitalsversorgung von mehr als 20 Prozent der Bevölkerung eines anderen Bundeslandes übernehmen, sagte Mayr.

Mayr wies auch auf die Erhöhung der Sozialausgaben von 2,690 Milliarden (1983) auf 2,876 Milliarden (1984) hin und sagte, Wien komme damit im Jahr 1984 seinen sozialen Verpflichtungen ebenso nach wie den wirtschaftlichen. Für 1984 sei es gelungen, das Defizit zu bremsen, den Abgang der Verkehrsbetriebe zu verringern und mit den Investitionen Prioritäten zu setzen. (Forts.) gab/ap

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Budgetdebatte StR. Mayr

=++++

15 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) Für die kommenden fünf Jahre rechne er mit einem Steigen der Einnahmen um 4,1 Prozent und einer Zunahme der Ausgaben um 5,6 Prozent, führte StR. Mayr aus. Dies müsse zu neuen Formen führen, dürfe jedoch keine Verringerung der Qualität bedeuten. Als Beispiel solcher neuen Formen zitierte Mayr Umweltstadtrat Schieder: "Müllverhinderung ist die beste Müllabfuhr". Finanzstadtrat Mayr verlangte eine Änderung des Finanzausgleiches. Dies solle nicht in Richtung einer Unterstützung Wiens durch die anderen Finanzausgleichspartner führen, die Wiener sollten nur das auch erhalten, was sie erarbeiten. Diese Forderung schließe selbstverständlich den Ausgleich zwischen Starken und Schwachen ein. Es müssen alle die angemessenen Mittel für die Erfüllung ihrer Aufgaben erhalten. Die Finanzausstattung müsse also so erfolgen, daß Wien die Möglichkeit habe, seine Aufgaben selbst zu erfüllen.

(Forts.) and/ap



Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Generaldebatte

=++++

16 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) erklärte, steigende unbedeckte Ausgaben führten zu einer Verringerung des Investitionsspielraums. Bei einer Neuordnung des Finanzausgleiches könne Wien keine Unterstützung von den anderen Bundesländern erwarten. Hirnschall verwies auf die Forderung Niederösterreichs, die Zweitwohnungsbesitzer im Finanzausgleich zu berücksichtigen. Auch von den Krankenkassen dürfte, so Hirnschall, nicht viel zu holen sein, obwohl sie derzeit Milliardenüberschüsse der Pensionsversicherung zufließen lassen, statt sie für eine kostendeckende Beitragsleistung zu verwenden. Als positiv bezeichnete Hirnschall den deutlich sinkenden Personalaufwand, obwohl der Personalstand insbesondere im Sozial- und Gesundheitswesen steige. Dies sei auf die Einsicht und Opferbereitschaft der städtischen Bediensteten zurückzuführen, die sich mit Gehaltserhöhungen zufriedengegeben haben, die hinter Budget- und Preisentwicklung deutlich zurückbleiben. Bei den Investitionen kritisierte Hirnschall eine nach Ansicht der FPÖ falsche Prioritätensetzung: Es dürften nicht zwei U-Bahn-Linien (U 3 und U 6) gleichzeitig gebaut werden. Günstiger wäre es, zuerst die U 6 und die Verlängerung bestehender Linien zu bauen. Die falsche Prioritätensetzung führe aber auch zu einer Senkung der Bauraten Wiens für den Neubau des AKH. Der Voranschlag trage auch nicht dem dringend notwendigen Bau des Krankenhauses im SMZ-Ost Rechnung. Offene Forderungen an den Finanzausgleich und den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds nach angemessener Kostenbeteiligung an der Gesundheitsfürsorge Wiens für Nicht-Wiener-Patienten dürfen nicht zu Lasten der Bewohner von Floridsdorf und Donaustadt gehen. Das Maßnahmenpaket der Bundesregierung erschließe Wien Einnahmen von 400 Millionen, die für dieses Krankenhaus verwendet werden können. Auch beim Hochwasserschutz und bei der Entsorgung vermißt Hirnschall andere Prioritätensetzungen. Abschließend kritisierte er die mangelnde Kontrolle sozialer Wohnbauträger. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Generaldebatte

=++++

17 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) Die öVP wird dem vorliegenden Budgetentwurf nicht zustimmen, weil damit die Wirtschaftspolitik für die Zukunft nicht bewältigt werden kann, erklärte Dkfm. Dr. WÖBER (öVP). Notwendig sei eine Wien-Initiative, die Ideenreichtum und Innovation fördert, die Privatinitiative motiviert und der Wirtschaft durch einen Belastungsstopp eine Atempause gönnt. Die öVP fordert Budgetumstrukturierung und forcierte Stadterneuerung.

Wöber kritisierte, daß immer weniger Beschäftigungsimpulse von Wien ausgehen. In den letzten Jahren seien 32.000 Arbeitsplätze verloren gegangen. Der Verbraucherpreisindex ist von 1976 bis 1982 um 8,5 Prozent gestiegen, die Tarif- und Gebührenerhöhungen machten 36 Prozent aus. Das Budget werde auf Kosten der kleinen Leute saniert. Das sozialistische Budget und die gegenwärtige Wirtschaftspolitik mache die Österreicher immer stärker zu Fürsorge- und Ausgleichszulagenempfängern. Die Gebührenerhöhungen werden zu einer Steuerquelle für die Rathaus-Sozialisten. Wöber bezeichnete diese Form der Gebührenerhöhungen als Kopfsteuern, weil man ihnen auch durch Konsumverzicht nicht ausweichen könne. Den Mehreinnahmen stünden jedoch keine Mehrleistungen gegenüber. Für Investitionen stehe nur mehr ein Siebentel des Budgets zur Verfügung.

Die Umstrukturierung des Wiener Budgets solle eine Stadterneuerungsinitiative auslösen. Die öVP fordert mehr Mittel für Verbesserungen der Wohnumwelt, für den Stadterneuerungsfonds und für die Wohnungsverbesserung. Mit der Stadterneuerung könnten tausende Arbeitsplätze geschaffen werden. Von den Lohnkosten würde ein Großteil wieder der öffentlichen Hand zufließen. (Forts.) ba/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Generaldebatte

=++++

18 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) Sein Vorredner habe die schwierige Situation Wiens und Österreichs so dargestellt, als handle es sich um eine internationale Ausnahme, stellte GR. EDLINGER (SPÖ) fest. Er habe übersehen, daß ein Gegensteuern nur in begrenztem Ausmaß möglich sei. Trotzdem halte Wien leicht jeden Vergleich mit anderen Städten aus. Mit dem vorliegenden Voranschlag werde die Entwicklung zur Konsolidierung des Budgets durch Eindämmung des Schuldenstandes fortgesetzt. Dabei müsse aber der wirtschaftliche und politische Handlungsspielraum gewahrt bleiben.

Während der Gesamtausgabenrahmen um 5,6 Prozent steige, erhöhen sich die Investitionen im kommenden Jahr um 13,1 Prozent und damit von 9 auf 10,2 Milliarden Schilling. Dies sei keineswegs ein unerheblicher Betrag. Davon sei im Gegenteil ein kräftiger Impuls für die Wiener Wirtschaft zu erwarten. Wesentliches Faktum dabei sei, daß das soziale Netz gewahrt bleibe.

Auch er sei der Meinung, sagte Edlinger, daß die Stadterneuerung eine ganz große Aufgabe für die Zukunft sei, man dürfe aber nicht vergessen, daß bislang schon einiges geschehen sei. So vollziehe sich derzeit die Umstrukturierung des Einsatzes der Mittel von der Stadterweiterung zur Stadterneuerung.

Das Budget muß sich an den Rahmenbedingungen orientieren, betonte Edlinger. Sowohl bei der Arbeitslosigkeit als auch bei der Inflationsrate liege Österreich weit unter dem CECD-Schnitt. Hauptkriterien für das zu beschließende Budget müßten die Sicherung der Arbeitsplätze, die Stärkung der Wirtschaft, die Verbesserung der Umwelt und eine Garantie für die soziale Sicherheit sein. Diese Kriterien haben auch einen entsprechenden Stellenwert im vorliegenden Budgetentwurf, erklärte Edlinger. (Forts.) roh/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Generaldebatte

=++++

22 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) GR. NEUMANN (ÖVP) kritisierte den Bau des Konferenzentrums in der UNO-City als überdimensioniert und nicht notwendig. Er verwies darauf, daß sich 1,4 Millionen Österreicher dagegen ausgesprochen hätten. Die Finanzierung durch arabische Geldgeber sei nicht so günstig, wie dies immer dargestellt werde. Ihre Dividende von 6 Prozent sei steuerfrei. Dem entspreche ein Bruttogewinn von 16 Prozent.

GR. Neumann begrüßte, daß sich StR. Mayr dafür ausgesprochen habe, die Stadt Wien zu 35 Prozent nur an Planung, Bau und Errichtung des Konferenzentrums zu beteiligen, nicht jedoch an den Betriebskosten. Es überrasche ihn, sagte Neumann, daß Finanzminister Salcher nun dennoch von einer möglichen Beteiligung der Stadt Wien an den Betriebskosten spreche.

Abschließend trat GR. Neumann dafür ein, verschiedene kommunale Unternehmungen zu privatisieren. Private Unternehmen wirkten besser im Interesse des Konsumenten als jedes kommunale Betriebsdezernat. "Wir brauchen Unternehmen, die in fairem Wettbewerb tätig sind und nicht mit Steuern und Bürokratie überlastet werden", schloß Neumann. (Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Generaldebatte

=++++

23 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) Alles was seit zehn Jahren im Bereich der Wirtschaftspolitik von der ÖVP kritisiert werde, habe sich letzten Endes als positive Maßnahme bewährt, sagte GR. SALLABERGER (SPÖ). Die SPÖ hat die Förderungspolitik vom "Gießkannenprinzip" auf Schwerpunktförderung umgestellt, die Aktion Baurechtsgründe eingeleitet, forcierte Industrieansiedlungspolitik betrieben, den Wirtschaftsförderungsfonds ins Leben gerufen sowie die Wohnungsverbesserung und den Dachbodenausbau, den Altstadterhaltungsfonds und die Althausmilliarde geschaffen. Zahlreiche Maßnahmen, wie die Wirtschaftsförderung bei der Ankerbrotfabrik, die Betriebsansiedlung von General Motors oder die Althausmilliarde wurden von der großen Oppositionspartei abgelehnt. Oftmals wurde jedoch auch die Ansicht von einer Debatte zur anderen geändert. 1973 hieß es bei der ÖVP noch, man sei für ein Konferenzzentrum, heute ist man dagegen.

Die Sozialisten bekennen sich zur Gemeinwirtschaft sagte Sallaberger, aber die Privatwirtschaft komme deshalb nicht zu kurz. 1982 gab der Bund 734 Millionen für die Förderung von Klein- und Mittelbetrieben aus, ca. 9.000 Betriebe wurden gefördert. Die ÖVP fordert ein sogenanntes Dorfsanierungsprogramm um 20 Milliarden Schilling, obwohl in diesem Wirtschaftszweig viel weniger Menschen arbeiten als früher. Dagegen ist es notwendig, die Stahlindustrie zu subventionieren, weil es hier um den Verlust von Arbeitsplätzen geht. (Forts.) ba/ap

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Generaldebatte

=++++

24 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) Seit 1976 habe die ÖVP die Schaffung eines Stadterneuerungsfonds verlangt, der diesbezügliche Antrag sei von der Mehrheitsfraktion sechsmal abgelehnt worden, stellte GR. HAHN (ÖVP) fest. Dadurch seien wertvolle Jahre verloren gegangen. In diesem Zusammenhang verlangte Hahn auch eine möglichst rasche Vorlage der Endabrechnung der Baukosten für den Heinz-Nittel-Hof.

"Der 21. und 22. Bezirk sind in den letzten Jahren Stiefkinder der Wiener Kommunalpolitik gewesen", sagte Hahn. Das zeige beispielsweise das SMZ-Ost, dessen Bau nun auf unbestimmte Zeit verschoben worden sei. Unter Bezugnahme auf die mangelhafte Spitalsfinanzierung stellte Hahn den ANTRAG, der Finanzstadtrat solle in Verhandlungen zu erreichen versuchen, daß die Krankenversicherungen einen höheren Prozentsatz bei den Pflegegebühren und Ambulanzgebühren der Wiener Krankenanstalten leisten. Dieser Prozentsatz hat sich, wie Hahn in der Begründung des Antrages sagte, in den letzten Jahren ständig verringert. Der Pflegegebührenersatz durch die Wiener Gebietskrankenkasse beträgt derzeit nur 42,2 Prozent bei den Krankenanstalten und sogar nur 29,3 Prozent der Pflegegebühren des AKH. Die Ambulanzkosten sind noch ungenügender gedeckt. Wien erhält darüber hinaus den relativ niedrigsten Pflegegebührenersatz aller Bundesländer.

Für rund 170.000 Wiener Gemeindewohnungen wird seit 1. Juli 1982 ein sogenannter Erhaltungsbeitrag nach dem Mietrechtsgesetz eingehoben. 1984 sollen an Hauptmietzinsen inklusive Erhaltungsbeitrag insgesamt 1,6 Milliarden Schilling eingenommen werden. Diesen Einnahmen stehen im gleichen Jahr keine Ausgaben in der selben Höhe gegenüber. Hahn stellte deshalb den ANTRAG, die Einnahmen und Ausgaben aus dem Erhaltungsbeitrag in einer eigenen Post auszuweisen und den jeweiligen Überhang einer eigenen zweckgebundenen Sonderrücklage zuzuführen. (Forts.) roh/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Generaldebatte

=++++

25 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) Um das Budget der Stadt Wien für Politiker und Beamte durchsichtiger zu machen, stellte Hahn den ANTRAG, bei beschlossenen Sachkrediten, die eine Höhe von 10 Millionen Schilling übersteigen und im Laufe des Budgetjahres nicht oder nur zum geringen Teil in Anspruch genommen worden sind, anlässlich des Rechnungsabschlusses dem Gemeinderat einen Bericht vorzulegen, aus welchen Gründen die Inanspruchnahme nicht erfolgt ist. (Forts.) roh/ap

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Generaldebatte

=++++

26 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Ingrid KOROSEC (ÖVP) zog Bilanz über die Situation der Wiener Holding. Die Gründung der Holding sei zweifellos zweckmäßig gewesen und auch heute noch vertretbar, doch ließe die Situation einiger Holding-Firmen, wie Jugend & Volk, Odelga und Serotherapeutisches Institut, das Fehlen eines Marketing-Konzeptes vermuten. Das Wirtschaftscredo der Holding-Firmen dürfe sich nicht auf ad hoc-Strategien beschränken, an den Bedürfnissen der Wiener dürfe nicht vorbeiproduziert werden. So würden die Probleme für den Verlag Jugend & Volk noch größer werden, wenn die Entscheidung der Bundesregierung, auf dem Schulbuchsektor Sparmaßnahmen zu setzen, realisiert werde.

KOROSEC warf Stadtrat Mayr vor, die Einbindung der sanitärmedizinischen Firma ODELGA beim Abschluß des VAMED-Vertrages verabsäumt zu haben. Bei der Messe-AG habe man den Trend zu Fachmessen zu spät erkannt. Korosec erinnerte StR. Mayr daran, daß er die Umsiedlung der Messe-AG in die Rotunde bereits angekündigt hätte, eine Realisierung jedoch noch ausständig sei. Im Bereich des Serotherapeutischen Instituts plädierte Korosec für vermehrte Investitionen und eine Strukturereinigung. (Forts.) jel/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (22)

Utl.: Generaldebatte

=++++

27 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) GR. EDER (SPÖ) wies auf die Bedeutung der Wiener Holding als wesentlicher Bestandteil der Wiener Wirtschaft hin. Eder führte unter anderem die positive Entwicklung des Wiener Hafens an, bei dessen Ausbau auch auf die Natur Rücksicht genommen wird. Im Bereich der Wiener Messe ist ein neues Konzept in Arbeit, um besser auf die Fachmessen eingehen zu können. Die WIBEBA, laut Gemeinderat Ing. Worm eines der "bestgeführten" österreichischen Bauunternehmen, die Fertigteilbau Wien und die GESIBA sind für die Wiener Bauwirtschaft und für den Wohnungsbau von großer Bedeutung. Schließlich nannte Eder auch noch die Kulturbetriebe der Holding, wie das Theater an der Wien mit seinem derzeitigen Serienerfolg "Cats", die Stadthalle, die in 25 Jahren 35 Millionen Besucher verzeichnete, und die Kiba, die dem Kino in Wien zu einer Renaissance verhalf. Die Kurbetriebe Heilquelle Oberlaa ergänzen die Palette der Holding-Betriebe, die wertvolle Arbeit für Wien leisten. (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: Generaldebatte

=++++

28 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. HAWLIK (öVP) sagte, er vermisse Aussagen der SPö zum Belastungspaket, zu den steigenden Gebühren und Tarifen und über die Budgetschwerpunkte. Jene Maßnahmen werden viele Menschen schwer treffen und sie in die Armutzone schlittern lassen. Es werde 30.000 Arbeitslose geben. Die steigenden Sozialausgaben im Jahr 1984 spiegelten diese negative Entwicklung wieder. Schon jetzt hätten viele Menschen Schwierigkeiten, Gas, Strom und Miete zu bezahlen. 200.000 Menschen sind in Wien als "arm" zu bezeichnen, wobei in dieser Zahl Jugendliche, die noch keinen Arbeitsplatz gefunden haben, nicht enthalten sind. Alle Erhöhungen treffen die sozial Schwächeren ungleich stärker als die finanziell Bessergestellten.

Soziale Politik manifestiere sich in der Wohnungs-, Verkehrs- und Umweltpolitik. Es dürfen keine Nobelghettos entstehen, es dürfen nicht jene Menschen benachteiligt werden, die sich keine Zweitwohnung im Grünen leisten können, und es müsse auch bei den Tarifen des öffentlichen Verkehrs auf die sozial Schwächeren besonders Rücksicht genommen werden. Angesichts der Belastungslawine müsse es wie Zynismus scheinen, wenn unnötige Projekte verwirklicht werden. Dazu zähle auch die Musik in den U-Bahn-Stationen. Großprojekte seien unsozial, weil sie hohe Kosten verursachen und arbeitsmarktpolitisch fraglich seien.

Die Forderung nach Privatisierung entspreche der wirtschaftlichen Vernunft, sagte Dr. Hawlik. Es seien vertrauensbildende Maßnahmen notwendig, Initiativen müßten gefördert werden. (Forts.) and/gg

NNNN



Wiener Gemeinderat (24)

Utl.: Generaldebatte

=++++

29 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) Die öVP soll sich auf eine gemeinsame Linie in ihrer Argumentation festlegen, damit nicht von jedem Debattenredner konträre Forderungen in den Raum gestellt werden, erklärte StR. Mayr. Man könne nicht von schönen Worten leben, sondern von Taten. Es sei schwer, etwas zu verwirklichen, wenn jede halbe Stunde etwas anderes gefordert wird. Kritik sei notwendig, aber Notwendigkeiten müssen anerkannt werden. Es sei bedenklich, wenn Argumentationen mit einem Regierungswechsel der Parteien austauschbar gemacht werden.

StR. Mayr erinnerte daran, daß seinerzeit vor allem Lueger die privaten Betriebe kommunalisiert hat. Die öVP der Gegenwart verlange nun ein Zurück vor die Zeit Luegers. Die Gemeinde Wien wird genau prüfen, welche Betriebe die Stadt braucht. Die SPö sei bereit, eine Arbeitsteilung zwischen privater und kommunaler Wirtschaft vorzunehmen.

Die Diskussion um die Wiener Wirtschaft könne nicht mit dem Schlußwort beendet sein, sondern soll als permanentes Gespräch zwischen den Parteien weitergeführt werden. Die SPö wird wirtschaftliche und soziale Interessen mit allem Nachdruck wahrnehmen. Sie sei offen für Argumente zu Sachproblemen, aber gegen parteipolitisches Hick-Hack. (Forts.) ba/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (25)

Utl.: Debatte Bildung, Jugend und Familie

=++++

30 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) Vbgm. Gertrude FRÖHLICH-SANDNER (SPÖ) eröffnete die Debatte zur Geschäftsgruppe Bildung, Jugend und Familie. Sie verwies darauf, daß das Jahr 1983 zum besten Fremdenverkehrsjahr wird, das es je für Wien gab, während in anderen Gebieten der Fremdenverkehr sinkende Tendenz aufweist.

Gerade in Zeiten wirtschaftlicher Schwierigkeiten dürfe nicht am Sozialstaat gerüttelt werden, sagte Fröhlich-Sandner. Selbst- und Nachbarschaftshilfe sei als Ergänzung dazu durchaus zu begrüßen, dürfe aber nicht als "Feigenblatt" verwendet werden, um soziale Errungenschaften abzubauen.

Das Budget 1984 gebe wieder die Möglichkeit, der Unterstützung und Förderung der Familie Priorität einzuräumen. Besonderes Augenmerk werde dabei den Pflegeeltern und der Förderung sozialpädagogischer Pflegefamilien zu schenken sein.

Bildung und Lernen bezeichnete Fröhlich-Sandner als wesentliche Voraussetzungen für Sicherheit und Geborgenheit und als Möglichkeit zur Verhinderung der Orwell'schen Vision des unmündigen, willenlosen Individuums. Die Magistratsabteilung 13 (Bildung und außerschulische Jugendbetreuung) habe in fünfjähriger Tätigkeit ihre Aufgaben mehr als erfüllt. Rund drei Millionen Menschen haben von ihren Angeboten Gebrauch gemacht. Die im Budget vorgesehenen 440 Millionen Schilling - eine Steigerung um 9,5 Prozent - werden eine Fortsetzung dieser Tätigkeit erlauben, wie z. B. Bereitstellung weiterer Jugendzentren, Angebot eines "Winter-Ferien-Spiels", Einführung einer Schulwandzeitung und Eröffnung neuer Büchereien.

Für Bildungsaufgaben stehen einschließlich Kindergärten 1984 rund 6,5 Milliarden Schilling zur Verfügung. Den Schwerpunkt dabei werden die Berufsschulen mit der Instandsetzung der beiden Zentralschulen und der Errichtung eines fünften Zentralschulgebäudes bilden. (Forts.) roh/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (26)

Utl.: Debatte Bildung, Jugend und Familie

=++++

31 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) äußerte sein Mißfallen über die Entwicklung, die die Arbeit des aus 50 Mitgliedern bestehenden Kollegiums des Wiener Stadtschulrates nehme. Man müsse, erklärte Hirnschall, registrieren, daß der Charakter als eigenständiges Forum verloren gehe, wenn das Plenum wichtige Fragen und Entscheidungen an die Sektionen und Untersektionen des Stadtschulrates delegiere und nur mehr einmal jährlich zusammentrete, um sich Bericht erstatten zu lassen. Hirnschall betonte, es sei verfassungsrechtlich bedenklich, daß selbst Gesetzentwürfe in Sektionen behandelt und von der Vollversammlung nur nachträglich abgesehnet werden. Außerdem empfinde er diese völlige Aushöhlung der Kompetenzen der Vollversammlung als extrem minderheitenfeindlich. So sei zum Beispiel der Vorschlag der FPÖ, eine Projektgruppe zur Erarbeitung objektiver Richtlinien für die Postenvergabe im Schulbereich zu erarbeiten, nicht einmal abgelehnt worden. Das Plenum des Wiener Stadtschulrates habe sich in dieser Frage als unzuständig erklärt, was einem Akt der Selbstentmündigung gleichkomme. Es könne, appellierte Hirnschall an alle Fraktionen des Wiener Gemeinderates, nicht gleichgültig sein, wenn eine Institution, die ein Ort für demokratische und intellektuelle Auseinandersetzung sein solle, in solcher Form degeneriere. (Forts.) jel/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (27)

Utl.: Debatte Bildung, Jugend und Familie

=++++

32 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Mag. Eva PETRIK (ÖVP) sprach sich dafür aus, den Familien zu helfen. Das sei gerade jetzt nötig, da auf Bundesebene zahlreiche Belastungen auf die Familie zukommen. Die Hilfe für die Familien bedeute auch eine Ersparnis für das Kommunalbudget, da die Existenzsicherung der Familie zahlreiche weitere Sozialleistungen erspare.

Mag. Petrik nannte mehrere Kriterien der Hilfe für die Familie: Ideelle Hilfen und Maßnahmen, die ein Klima des Verständnisses für die Familie schaffen sollen, die Stärkung der Erziehungskraft, die vor allem auch Problemfamilien zur Stabilisierung verhelfen sollen, und schließlich die Bereitstellung von ausreichend großen Wohnungen zu erschwinglichen Preisen, von Freizeitmöglichkeiten im Nahbereich sowie von familienfreundlichen Tarifen bei öffentlichen Einrichtungen. (Forts.) gab/ap

Wiener Gemeinderat (28)

Utl.: Debatte Bildung, Jugend und Familie

=++++

33 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) GR. STEINBACH (SPÖ) erklärte, daß der Rückgang der Klassenschülerzahlen genützt wurde, um in den Schulen zusätzliche Einrichtungen zu schaffen und damit die Infrastruktur zu verbessern. Es wurden aber auch zahlreiche bauliche Maßnahmen, vor allem in den Pflicht- und Berufsschulen, mit einem Aufwand von hunderten Millionen Schilling durchgeführt, um sie den modernen Bedürfnissen anzupassen.

Steinbach unterstrich dann die Bedeutung der Partnerschaft im Schulbetrieb und verwies dabei auf die Integration ausländischer Schüler, die Jugendbetreuung, verschiedene Aktionen des Landesjugendreferates, nicht zuletzt aber auch auf die Behindertenbetreuung und die gemeinsame Ausbildung behinderter mit nichtbehinderten Schülern. Erfolgreich ist das beim Stadtschulrat eingerichtete Wiener Schulservice, das seit 1981 23.000 Mal Rat und Hilfe geben konnte. Beim Stadtschulrat wurde auch ein Projektzentrum eingerichtet, das wichtige Voraussetzungen für die Durchführung des Projektunterrichtes schafft. (Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (29)

Utl.: Debatte Bildung, Jugend und Familie

=++++

36 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) Mit dem Inkrafttreten der siebenten Schulorganisationsnovelle wurde die äußere Schulreform abgeschlossen; die ÖVP tritt nun für die innere Schulreform ein, stellte GR. PUTZ (ÖVP) fest. Die innere Schulreform soll drei Schwerpunkte beinhalten:

- o Die Vertiefung der Schulpartnerschaft: Das Verhältnis zwischen Eltern, Lehrern und Schülern soll verbessert werden.
- o Verstärkung der Erziehung in der Schule: Bildungspolitische Aufgaben müssen ohne Parteipolitik erfüllt werden.
- o Verbesserung des Schulunterrichts durch eine "Entrümpelung" der Stundenpläne.

Die ÖVP wird auch in Zukunft für ein differenziertes und gegliedertes Schulsystem eintreten, bei dem individuelle Bildungschancen optimal gewahrt bleiben.

PUTZ sprach sich gegen die von Sozialminister Dallinger vorgeschlagene Verlängerung der Pflichtschule um ein Jahr aus. Die Schule dürfe keine Wartehalle für arbeitslose Jugendliche werden. Die Sicherung der Arbeitsplätze sei eine soziale und moralische, aber keine bildungspolitische Aufgabe. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (30)

Utl.: Debatte Bildung, Jugend und Familie

=++++

37 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNLA) GR. Komm.-Rat SCHNEIDER (ÖVP) sagte, es sei unbestritten, daß heuer das bisher beste Jahr für Wiens Fremdenverkehr gewesen sei. Die Ausländerübernachtungen sind um 7 Prozent gestiegen. Besonders erfreulich sei die starke Zunahme bei den amerikanischen Touristen, die nun schon über einen Gesamtanteil von 10 Prozent verfügen, sowie bei den Gästen aus Japan. Dem Überseemarkt müsse man deshalb auch werbemäßig stärkste Beachtung schenken.

Als wichtige Ursache für das gute Ergebnis im Fremdenverkehr bezeichnete GR. Schneider das Kongreßgeschäft. In Wien haben heuer 90 internationale Kongresse stattgefunden, was einer Steigerung um ein Viertel entspricht. Darunter waren einige Großkongresse wie etwa der Chemotherapie-Kongreß mit 11.000 sowie der Kongreß der Kiwanis mit 10.000 Teilnehmern. Ein eigener Ausschuß für Kongreßförderung im Rahmen des Fremdenverkehrsverbandes habe diesen Erfolg ermöglicht.

Die bestehenden Betriebe und Einrichtungen hätten für die Kongresse heuer vollkommen ausgereicht, er sehe deshalb keine Notwendigkeit für die Errichtung des Konferenzzentrums, meinte Schneider. Hier sei außerdem zu kritisieren, daß, obwohl das Konferenzzentrum in drei Jahren fertig sein soll, noch kein Management und keinerlei konkreten Pläne oder Preisangaben vorliegen.

Schneider kritisierte die "Charterfeindlichkeit", die es in Wien gebe - so wurden heuer Anfluggenehmigungen für eine amerikanische Reisegesellschaft und für einen Direktflug der Japantours abgelehnt -, sowie die zahlreichen Hotelneubauten, die vom Fremdenverkehrsverband mit großer Sorge betrachtet werden, da sich dadurch der Konkurrenzkampf wegen der fehlenden Auslastung verschärfen werde. Schneider wandte sich vor allem gegen die öffentliche Förderung solcher Unternehmungen. (Forts.) roh/gg

Wiener Gemeinderat (31)

Utl.: Debatte Bildung, Jugend und Familie

=++++

38 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) GR. STRANGL (SPÖ) betonte, daß gerade im Alternativbereich, der den sensibelsten Teil der Jugendarbeit darstelle, besonders viel geleistet worden sei. Er bedaure es, daß das Jugendzentrum Gassergasse trotz Bemühungen nicht gehalten werden konnte, doch sei nach Anfangsschwierigkeiten in den anderen Jugendzentren nun eine Konsolidierung eingetreten. Strangl machte darauf aufmerksam, daß die Jugendarbeit zu einem großen Teil auch in die Sozialarbeit münde. Der Schwerpunkt des "Wiener Weges", der der Garant für einen solchen Erfolg sei, sei die Gesprächsbereitschaft aller zuständigen Stellen. Wien sei, dank des Engagements der Stadt Wien, von Unruhen verschont geblieben.

105.000 VHS-Besucher und 700.000 Besucher in den Häusern der Begegnung setzten die lange Tradition der Volksbildungsarbeit in Wien fort, erklärte Strangl. (Forts.) jel/ko

Wiener Gemeinderat (32)

Utl.: Debatte Bildung, Jugend und Familie

=++++

39 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) GR. TRAINDL (ÖVP) urgierte einen schnelleren Ausbau der Wiener Berufsschulen. Es wäre notwendig, den Raummangel an den Schulen rasch abzubauen, um zu optimalen Ausbildungsmöglichkeiten für die Jugend zu kommen. Gerade heute, in einer Zeit mangelnder Lehrstellen, sei die Qualität der Berufsschulbildung besonders wichtig. Als wichtigste Projekte, die rasch verwirklicht werden sollten, nannte Traindl dabei die Sanierung der Zentralberufsschule Mollardgasse, die rasche Fertigstellung des Zentralberufsschulgebäudes in Floridsdorf und die Angriffnahme der Berufsschule für Gärtner in Kagran. (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (33)

Utl.: Debatte Bildung, Jugend und Familie

=++++

40 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) GR. KREMNIETZER (SPÖ) befaßte sich mit der Jugendszene sowie den Problemen und Gegensätzen zwischen Jung und Alt. Er unterstrich die Bedeutung des Dialoges zwischen den Generationen und sozialen Schichten. Kremnitzer berichtete über das "Projekt Rennbahnweg", bei dem man bestrebt ist, in einer Siedlung mit 2.800 Wohnungen, in der sehr viele junge Menschen leben, aktive Jugendarbeit zu leisten. Zwei Kindergärtnerinnen bemühen sich um die Kinder auf den Spielplätzen. Es gibt einen Spielbus, und es hat sich gezeigt, daß mehr als die Hälfte der Bewohner dieser Siedlung bereit sind, sich künftig auch selbst für die Jugendarbeit in dieser "kleinen Stadt" zu engagieren.

In den 283 städtischen Kindertagesheimen haben in 1.230 Gruppen insgesamt 31.000 Kinder Platz gefunden. Damit ist die Vollversorgung sichergestellt. Besonderer Wert wird auf die Betreuung Behinderter gelegt. Zwei neue Kinderwohngemeinschaften, die vor kurzem gegründet wurden, bilden eine echte Alternative zur Heimerziehung. Mit den Kindertagesheimen werde beste Arbeit für die Kinder geleistet, schloß Kremnitzer. (Forts.) and/ko

Wiener Gemeinderat (34)

Utl.: Debatte Bildung, Jugend und Familie

=++++

41 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) Zum Sparen bei den Gratisschulbüchern forderte GR. HELMER (ÖVP) auf. Die Aktion kostet für die 400 Wiener Pflichtschulen 100 Millionen Schilling. Bei einer Trennung von Übungs- und Arbeitsbuch und einer mehrjährigen Verwendung des Arbeitsbuches könnte mehr als die Hälfte eingespart werden. Außerdem sprach sich Helmer für die Vereinheitlichung der Formate aus, für die Einführung von Schulbibliotheken bzw. von Schülerladen und für eine Einschränkung der Illustrationen. Helmer kritisierte außerdem die Vielzahl der Buchtitel. Für eine fünfzehnklassige Pflichtschule erhält die amtliche Schulbuchliste nicht weniger als 520 Buchtitel. Methodisch und didaktisch gelten die österreichischen Schulbücher allerdings als vorbildlich. (Forts.) ba/ap



Wiener Gemeinderat (35)

Utl.: Debatte Bildung, Jugend und Familie

=++++

42 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER erklärte, sie werden die Kritik von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) an der Arbeitsweise des Stadtschulratskollegiums weiterleiten. Zu den Aussagen von GR. Mag. Eva PETRIK (ÖVP) erläuterte Fröhlich-Sandner, es gebe eine Vielzahl von Maßnahmen für die Familien, beginnend mit der Sicherung der Arbeitsplätze über die Hilfe bei der Wohnraumbeschaffung bis zur Vorsorge für eine gesunde Umwelt. Mehr Kinder- und Familienfreundlichkeit, wie sie Petrik verlangt hatte, könne man nicht verordnen. "Wir müssen die Menschen für einander aufschließen", sagte Fröhlich-Sandner und nannte Einrichtungen der Stadt Wien (z. B. Ferienspiel, Familiensontage), die zur Erreichung dieses Ziels beitragen.

In den letzten Jahren wurde der Ausbau der Kinderspielplätze in städtischen Wohnhausanlagen forciert, berichtete Fröhlich-Sandner, und forderte private Wohnhausbesitzer auf, diesem Beispiel zu folgen. Es wurde eine eigene Stelle für Selbsthilfegruppen geschaffen, die Arbeit für Behinderte sei weiterhin ein Schwerpunkt der Tätigkeit ihres Ressorts. Was geringere Klassenschülerzahlen betrifft, sei dies nicht nur auf den Rückgang der Geburtenzahlen zurückzuführen, sondern vor allem auch auf den gezielten Auf- und Ausbau der entsprechenden Einrichtungen. Unterschiedliche Ansichten gebe es leider noch in der Frage der gemeinsamen Schule der 10- bis 14jährigen. Sie sei aber optimistisch, sagte Fröhlich-Sandner, daß auch diese eines Tages Wirklichkeit werde. Berufsschulen wurden aus- und umgebaut, um die Bedürfnisse optimal zu erfüllen. Die Schulbuchaktion habe sich bewährt und sei in vielen Haushalten der Beginn einer Bibliothek. Bei der Jugendarbeit bedürfe es des Zusammenwirkens aller, des Abbaus von Vorurteilen, des Ausbaus der Information und der Bereitschaft, junge Menschen als wichtigen Teil unserer Gesellschaft anzuerkennen. Der Bau von Hotels und des Konferenzzentrum sei wichtig für eine weitere positive Entwicklung des Fremdenverkehrs, betonte Fröhlich-Sandner. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (36)

Utl.: Debatte Kultur und Sport

=++++

43 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) Die Bewältigung der Freizeit durch die klassischen Mittel Kultur und Sport stellte StR. MRKVICKA (SPÖ) in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. Als grundlegende Maßnahme auf dem Gebiet des Breitensports stellte Mrkvicka die Jugendsportaktionen dar und wies auf die fast uneingeschränkten Möglichkeiten zur sportlichen Freizeitgestaltung in Wien hin. Sportförderung beinhalte aber auch die Schaffung von Trainingsmöglichkeiten. In diesem Zusammenhang kündigte Mrkvicka für 1984 eine Erhöhung der Hallenkapazität an. Nicht nur durch die Verwaltung von Sportanlagen, sondern auch durch die Gewährung von Subventionen leiste die Stadt Wien dem Breiten- und Spitzensport Hilfe. Als weiteren Schwerpunkt bezeichnete Mrkvicka direkte Sportförderungsmaßnahmen durch Aktivitäten wie die Aktion "Komm zum Sport" und betonte die Bedeutung Wiens als Austragungsort für internationale Großveranstaltungen.

Im Bereich der Kultur warnte Mrkvicka vor Parolen, die das Sparen dort ansetzen wollten, wo Erträgnisse nicht gewogen und bemessen werden könnten. Er vertrete die Auffassung, daß Kultur eine Fortsetzung der Sozialpolitik sei, und kündigte an, daß die kommunale Kulturarbeit auch 1984 über die erforderlichen Mittel verfügen wird. Vorgesehen sei eine stärkere Förderung bei der bildenen Kunst, der Literatur und den kulturellen Aktivitäten in den Bezirken. Als Glanzlichter für die internationale Bedeutung Wiens bezeichnete Mrkvicka Großveranstaltungen wie das Tanzfest und die Festwochen 1984 oder den Musikalischen Sommer. (Forts.) jel/gg

Wiener Gemeinderat (37)

Utl.: Debatte Kultur und Sport

=++++

44 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) Zum Thema Altstadterhaltung würdigte Mrkvicka die seit 1972 erbrachten Leistungen, betonte aber, daß außerdem auch der "Moderne" eine Chance gegeben werden müsse. (Forts.) jel/gg

Wiener Gemeinderat (38)

Utl.: Debatte Kultur und Sport

=++++

45 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) setzte sich für das verstärkte Engagement von Kulturschaffenden und Kulturpolitikern in Stadtplanungsfragen ein, wie es derzeit bei der Otto-Wagner-Brücke geschehe. Konkret nannte Pawkowicz zwei Beispiele, die ein gemeinsames Anliegen aller kulturverbundenen Menschen sein müßte: die zeitgemäße Nutzung und Verschönerung der das Stadtbild störenden Flaktürme und die Revitalisierung des Messepalastes. Pawkowicz sagte, er könne sich für die Flaktürme viele Formen der Nutzung vorstellen. Was den Messepalast betreffe, sei es nötig, daß die Stadt Wien bei einem neuen Konzept nicht im Abseits stehe. Der derzeitige Vertrag mit der Messe-AG, die de facto für 27.000 Quadratmeter Nutzfläche eine Miete von 6.250 Schilling zahle, sei unglaublich. Pawkowicz stellte betreffend die Flaktürme und den Messepalast je einen BESCHLUSSANTRAG, Verhandlungen mit dem Bund aufzunehmen und gemeinsam einen Ideenwettbewerb einerseits für die zeitgemäße Nutzung der Flaktürme und andererseits für die Revitalisierung des Messepalastes durchzuführen. (Forts.) gab/ap

Wiener Gemeinderat (39)

Utl.: Debatte Kultur und Sport

=++++

46 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) Für eine Änderung der Wohnbaupolitik sprach sich GR. CZERNY (ÖVP) aus. Eine Trendumkehr soll durch Stadtreparatur in Zusammenarbeit mit den Hausherren erfolgen. Stadterneuerung würde Investitionsimpulse und in der Folge sichere Arbeitsplätze und Steuermehreinnahmen bedeuten. Die Revitalisierung eines Biedermeierhauses in der Karmelitergasse 5 sei vorbildlich gelungen. Die Zusammenarbeit zwischen Kulturamt und Privatinitiative habe sich bewährt. Czerny regte eine ähnliche Zusammenarbeit für ein Biedermeierensemble in der Bernhardgasse im 7. Bezirk an. Außerdem fordere die ÖVP eine Aufstockung des Mitarbeiterstabes der MA 7, die ausschließliche Verwendung des Kulturschillings für Revitalisierungen, eine Beratungsgruppe für private Hausherren, Volksgaragen und den Ankauf von Flächen zur Begrünung durch die Stadt Wien. (Forts.) ba/ap

Wiener Gemeinderat (40)

Utl.: Debatte Kultur und Sport

=++++

47 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Hildegard WONDRATSCH (SPÖ) verwies auf die Bedeutung der Wissenschaftsförderung durch die Stadt Wien. So wurden aus der Hochschuljubiläumsstiftung heuer 107 Forschungsvorhaben mit insgesamt 8,8 Millionen Schilling gefördert. 51 der insgesamt 58 Ludwig-Boltzmann-Institute befinden sich in Wien. Das Wiener Stadt- und Landesarchiv gibt derzeit in dreijährigem Rhythmus große historische Atlanten wie den österreichischen Städteatlas und den Wiener historischen Atlas heraus. Geplant ist ein großes Werk über die Ehrenbürger Wiens. Das Archiv, das allen Besuchern offen steht, wurde heuer von 8.000 Interessenten in Anspruch genommen.

Die Stadt- und Landesbibliothek verfügt seit kurzem über eine eigene Audiothek. Sie war heuer an mehr als zwanzig in- und ausländischen Ausstellungen beteiligt.

Die Türkenausstellung mit mehr als 400.000 Besuchern war heuer der große Erfolg der Museen der Stadt Wien. Daneben dürfe man aber nicht die zahlreichen kleineren Ausstellungen vergessen, die jedes Jahr von den Museen gestaltet werden. Auch die Bezirksmuseen haben sich zu lebendigen Kulturzentren entwickelt. (Forts.) roh/ko

Wiener Gemeinderat (41)

Utl.: Debatte Kultur und Sport

=++++

48 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) Das Kulturbudget 1984 werde die Zustimmung seiner Fraktion aus zwei Gründen nicht finden, kündigte GR. Mag. KAUER (ÖVP) an.

Der Budgetvoranschlag von 480 Millionen bei einem 70-Milliarden-Gesamthaushalt werde erstens weder dem Rang noch der Aufgabe Wiens als nationales und internationales Zentrum gerecht, zweitens biete das Budget 1984 keine neuen Ansätze. Mit dem Geld des Steuerzahlers sparsam umzugehen, heiße, nicht den Stellenwert von Wissenschaft und Kultur zu minimieren. Sparen wäre z.B. bei hochdotierten Budgetpositionen wie den 127 Millionen für den Presse- und Informationsdienst angebracht. In diesem Zusammenhang brachte Kauer einen ABÄNDERUNGSANTRAG betreffend die Umschichtung von Mitteln des Presse- und Informationsdienstes zu Gunsten des Kultur- und Kunstbudgets und die Verwendung aller Einnahmen des Kulturschillings für die Altstadterhaltung ein.

Die Einbindung der Hochschulen in das kulturelle Leben in der Stadt sei minimal. So könnten z.B. der Hochschule für Angewandte Kunst während des Musikalischen Sommers Ausstellungsflächen unter den Rathausarkaden zur Verfügung gestellt werden. (Forts.) jel/ap

Wiener Gemeinderat (42)

Utl.: Debatte Kultur und Sport

=++++

49 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) Kauer brachte zwei RESOLUTIONSANTRÄGE betreffend die Benützung geförderter Spielstätten für Klein- und Mittelbühnen durch Dritte und die Anlage eines Spielstättenkatasters, sowie die Erstellung eines jährlichen Kulturberichts der Stadt Wien ein. In diesem Zusammenhang kritisierte Kauer das System der Förderungsvergabe an Wiener Bühnen. Als Gegenbeispiel zur Vision des "pragmatischen Theaters" rief Kauer das Modell Serapionstheater in Erinnerung. Förderungsbeiträge sollten als Startkapital dienen. Subventionen dürften aber nicht ersessen werden. (Forts.) jel/ko

Wiener Gemeinderat (43)

Utl.: Debatte Kultur und Sport

=++++

50 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. AIGNER (SPÖ) betonte, daß das Budget 1984 den Rang bestätige, den die Kulturpolitik in Wien habe. Dies sei auch im internationalen Vergleich ersichtlich. Als Kriterien für das Kulturbudget nannte Aigner Sparsamkeit ohne Substanzverlust, hohe Flexibilität, die sich etwa in Mehraufwendungen von einem Drittel für die bildende Kunst manifestiert, sowie starke Impuls- und Multiplikatorwirkung. Dies sei zum Beispiel im Altstadterhaltungsbereich ersichtlich, wo mit einem Budgetvolumen von über 60 Millionen Schilling ein Vielfaches dieser Summe für die Wirtschaft und für die Altstadt bewegt werde. Aigner wies auf die Reihe großer Kulturereignisse im Jahr 1984 hin, wobei er im Rahmen der Wiener Festwochen etwa die Uraufführungen der Opern "Weltuntergang" und "Volksoper", das "Fest der Puppen", das den Messepalast bereits zum Kulturzentrum mache, die Bezirksfestwochen und die Möglichkeiten für die Avantgarde nannte. Mit der Ausstellung "1984" setzen sich die Festwochen schließlich mit der in manchen Ansätzen in unserer Wirklichkeit spürbaren Vision Orwells auseinander, die uns hoffentlich erspart bleiben werde, schloß Aigner. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (44)

Utl.: Debatte Kultur und Sport

=++++

51 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) GR. BROSCHE (SPÖ) erklärte im Zusammenhang mit der Zukunft des Messepalastes, man müsse einerseits bedenken, daß dort in 50 Wohnungen 114 Menschen leben und daß der Messepalast als ausschließliches Kulturzentrum eine graue Zone zwischen Stiftgasse und Herrengasse bilden würde.

Zum Thema Sport führte Brosch aus, daß Wien sowohl Spitzen- als auch Breitensport fördert, und verwies darauf, daß auf dem Messegelände in einer Halle neue Sportmöglichkeiten geschaffen wurden. "Saure Wiesen" müsse man dort trocken legen, wo es darum geht, einer Überbeanspruchung der Jugend durch Leistungssport entgegenzuwirken. Die Menschen müssen auch durch den Konsumentenschutz vor Sportgeräten bewahrt werden, bei denen das Verhältnis zwischen Preis und Wert zuungunsten des Konsumenten ausfalle. (Forts.) and/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (45)

Utl.: Debatte Kultur und Sport

=++++

52 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat MRKVICKA (SPÖ) nahm zu seinen Vorrednern Stellung:

- o Über die "Verschönerung" der Flaktürme müssen Gespräche mit dem Bund geführt werden, da diese in Verwaltung des Bundes stehen.
- o Für die Nutzung des Messepalastes wird im Jänner 1984 ein Museumskonzept vorgelegt.
- o Das Grassalkovics-Schlüssel soll renoviert werden und dem Circus- und Clownmuseums Platz bieten.
- o In der Karmelitergasse wollte ein privater Hausbesitzer sein Haus abbrechen, eine Gruppe von jungen Leuten fand sich und renovierte das Gebäude. Fragen der Altstadterhaltung scheitern manchmal auch an den Hausbesitzern.
- o Eine Renovierung des Biedermeierensembles in der Bernhardgasse wird geprüft.
- o Die Grundüberlegung für das U-Bahn-Radio war der Ausbau des Lautsprechernetzes.
- o Die Zusammenarbeit mit den Universitäten ist zufriedenstellend, eine stärkere Zusammenarbeit wurde bisher von Seiten der Rektoren nicht gewünscht.
- o Die Budgetansätze in der darstellenden Kunst sind zurückgegangen, weil man sich einig war, daß ein Stopp bei Theaterneugründungen erfolgen soll.
- o Die Magistratsabteilung 7 hat bereits die ersten Schritte unternommen, um verschiedenen Theatergruppen eine Unterkunft auf Bühnen zu ermöglichen.
- o Ein Kulturbericht soll demnächst herausgebracht werden.
- o Abschließend wies Mrkvicka darauf hin, daß das Kulturbudget 1,2 Prozent des Gesamtbudgets beträgt, in Frankreich sind es beispielsweise 0,84 Prozent des Gesamthaushaltes.

Die Sitzung des Gemeinderates wurde um 23 Uhr unterbrochen und wird am Dienstag, dem 6. Dezember, mit der Debatte über die Geschäftsgruppe Umwelt und Bürgerdienst fortgesetzt. (Schluß) ba/gg

NNNN